

Schönburger Tageblatt

Waldenburger Anzeiger.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen. Annahme von Inseraten bis Vorm. 9 Uhr des Ausgabebetages. Bezugspreis monatlich 12 M., im voraus zahlbar, durch die Post bezogen monatlich 12 M. Einzelne Nr. 50 Pfg. Sonntags-Nr. 60 Pfg. Inseratenpreis 1 Zeile 2. — M., Kellamzelle 88 mm breit 6 Mark, die dreispaltige Zeile im amtlichen Teile 4. — M. Schlüssel auf Anzeigen und Eingeladene 1 Zeile-Zelle 1 M. Nachweisungsgebühr 1 M. Begründet 1878. Fernsprecher Nr. 9. Postfach Nr. 8. Postkontonummer Amt Leipzig Nr. 4488.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Köhner in Waldenburg.

Zugleich weit verbreitet in den Ortspfanden der Standesamtsbezirke Altstadt Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohndorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Medehain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wollenburg und Ziegelheim.

Anzeigenannahmestelle Vorm. 9 Uhr am Ausgabebetage Geschäftsstelle in Waldenburg Sachsen, Obergasse 23 Geschäftszeit: Vormittag 7—1, Nachm. 2—5 Uhr. Filialen: in Altstadt Waldenburg bei Herrn Otto Pöhl; in Callenberg bei Herrn Strumpfwirker Fiedler; Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Herrn Hermann Eiche; in Penig bei Herrn Wilhelm Dahler; in Wollenburg bei Herrn Vinus Friedemann und in Ziegelheim bei Herrn Eduard Richter. Bankkonto: Vereinsbank zu Golditz Geschäftsstelle Waldenburg Sa. Gemeindegeldkonto Waldenburg 18.

Nr. 83.

Freitag, den 7. April

1922.

Wetterbericht aufgenommen am 6. April, Mittags 12 Uhr: Barometerstand 757 mm reduziert auf den Meerespiegel. Thermometerstand + 8° C. (Morgens 8 Uhr + 3° C. Tiefste Nachttemperatur + 1° C.) Feuchtigkeitsgehalt der Luft nach Lambrechts Polymeter 40%. Taupunkt - 5°. Windrichtung West. Niederschlagsmenge in den letzten 24 Stunden bis früh 7 Uhr: 1,6 mm. Daher Bitterungsausfichten für den 7. April: Wechselnde Bewölkung.

Amthcher Teil.

Des Reichsgesetz vom 30. März 1903, betreffend die **Verarbeitung in gewerblichen Betrieben**, wird zuweilen

noch immer nicht gehörig beachtet. Ueber seine wesentlichen Bestimmungen wird auf der Kanzlei Auskunft gegeben, wo auch das Gesetz selbst eingesehen werden kann.

Waldenburg, den 3. April 1922.

Der Stadtrat.

Wohnungswechsel sowie jede **Veränderung** des Erwerbs, Arbeits- oder Dienstverhältnisses ist binnen 3 Tagen im Meldeamt anzuzeigen; **Zuzug** bedarf besonderer **Genehmigung**.

Waldenburg, den 3. April 1922.

Der Stadtrat.

Antrag auf Auflösung des sächsischen Landtags.

Ueber die Sachlieferungen finden neue Verhandlungen statt.

Die Antwort an die Reparationskommission wird spätestens Freitag übergeben werden.

Der Dollar ging auf 314 Mark zurück.

Die Belgier üben in Duisburg eine Gewalt Herrschaft aus.

Die demokratische Partei stellt im sächsischen Landtag einen Antrag auf Umbildung der Regierung.

Im sächsischen Landtag wurde beschlossen, den 1. Mai und 9. November für gesetzliche Feiertage zu erklären.

Der Justizetat wurde abgelehnt.

Aus Paris werden Krisengerichte gemeldet.

Der Papst will eine Note über Völkerveröhnung an die Konferenz in Genua richten.

England fordert von Frankreich Zins- und Kapitalzahlungen der Kriegsschulden.

Für die englische Kriegsflotte befinden sich 32 Schiffe im Bau.

Griechenland plant die Annahme einer Zwangsanleihe.

Bulgarien soll dieses Jahr 10 Millionen Goldfranken zahlen.

Amerika errichtet in Afrika eine Kolonie.

Waldenburg, 6. April 1922.

Mit dem jetzt heimgegangenen ehemaligen österreichischen Kaiser Karl dürfte das Haus Habsburg endgültig ausgespielt haben, wenn auch in Ungarn noch der Versuch gemacht wird, den erstgeborenen Sohn des Kaisers als Otto II. auf den ungarischen Thron zu setzen. Das Haus Habsburg hat bekanntlich dem alten Deutschen Reiche die verhältnismäßig größte Zahl von Kaisern gegeben, und es ist ein eigenartiger Zufall, daß der letzte habsburgische Kaiser denselben Namen trägt, wie der erste Kaiser des alten Deutschen Reiches, Karl der Große. Neben den gleichen Namen freilich ein gewaltiger Unterschied in den Charakteren. Karl dem Großen steht in dem Tönen von heute Karl der Schwache gegenüber. Wir wollen ihm an seiner Waise keine Vorwürfe machen, denn von einem jungen Herrscher, dessen Lieblingsunterhaltung das Anhören von Kabarett-Vorträgen gewesen war, konnte in der bittersten Weltkriegszeit kein treues Ausharren bis zum Tode erwartet werden, zumal er unter dem geistigen Einfluß seiner egoistischen Frau stand, eine Tatsache, die sich in der österreichischen Geschichte öfter zeigte.

Es kann heute ruhig ausgesprochen werden, daß wenn der Weltkrieg nicht gekommen wäre, das deutsch-österreichische Bündnis, das für Österreich eine politische Notwendigkeit war, trotzdem Gefahr lief, sich aufzulösen. Diese Gefahr leitete sich aus der Persönlichkeit des letzten Habsburgers her, die, vom alten Kaiser Franz Josef abgesehen, über Deutschland keineswegs so sympathisch dachten, wie man von Berlin aus mitzuteilen für gut fand.

Wilhelm II. hat sich in dieser Beziehung bedenkenlichen Illusionen hingegeben. Der im Jagdschloß Meierling bei Wien erschlagene Kronprinz Rudolf von Österreich machte aus seinen Spötereien über den Berliner Hof kein Hehl und ber in Serajewo ermordete Erzherzog Franz Ferdinand empfand die deutsche Ueberlegenheit als lästig. Er hatte Zukunftspläne, die kaum das Bündnis mit Deutschland unbeeinträchtigt gelassen hätten. Kaiser Wilhelm hat auch wohl diese Möglichkeiten schließlich erkannt, sie aber durch persönliche Freundschaft mit dem Nachfolger Franz Joseph in Wien zu beseitigen gehofft.

Aber es mußte damit gerechnet werden, daß sich Franz Ferdinand ebenso zur tschechisch-polnischen Partei durch seine tschechische Gemahlin hinüberziehen lassen würde, wie sich Kaiser Karl durch seine Gattin Rita nach der französischen Seite hinüberziehen ließ. Jetzt, wo Karl tot ist, wird zugestanden, daß seine persönlichen Beziehungen zum deutschen Kaiser viel zu wünschen übrig ließen. Diese beiden Naturen paßten nicht zusammen. Wäre Kaiser Karl geblieben, er würde über kurz oder lang seinen Pakt mit Frankreich gemacht haben, und Deutschland würde vergeren gewesen sein.

Die jüngeren Habsburger haben die Vergangenheit ihres Hauses nicht aus dem Gedächtnis streichen können, sie dachten immer daran, daß Habsburger deutsche Kaiser, die Hohenzollern Kurfürsten von Brandenburg gewesen waren. Bismarck war ein sehr guter Menschenkenner, daß er von dem äußeren Pomp des Hohenzollern-Kaisertums nichts wissen wollte. Bei diesem Pomp in Berlin wäre wohl nie das deutsch-österreichische Bündnis zustande gekommen, weil man sich dadurch in Wien bedrückt gefühlt hätte. Es war ein Glück für uns, daß der alte Kaiser Wilhelm so lange lebte, denn ohne seine schlichte Persönlichkeit hätte Bismarck seine Politik nicht durchführen können.

Der letzte deutsche Kaiser hatte mit seinen fürstlichen Freunden kein Glück. Das Band mit Österreich war vor dem Waffenstillstand zerrißen, die Intimität mit Italien war vorbei, als der König Humbert 1900 ermordet wurde und ihm sein Sohn Viktor Emanuel folgte. König Edward von England sah zwei Jahre auf dem Thron, als er die Entente mit Frankreich einging, und der „liebe Niko in Petersburg“ nahm zwar die lebenswürdigen Briefe aus Berlin an, aber er verhandelte mit England und Frankreich über die Ausschlichtung des Deutschen Reiches. Alle diese Tatsachen haben bewiesen, daß die Menschen nichts weniger vertragen können, als wenn sie es anderen verdanken müssen, daß es ihnen gut geht. Dankbarkeit ist in der Politik eine sehr unangenehme Verpflichtung. Das sieht man selbst jetzt wieder an dem Gezänk zwischen England und Frankreich.

Politische Mundschau.

Deutsches Reich.

Der Reichskanzler verließ am Mittwoch Berlin, um sich zunächst zur Frankfurter Messe und von dort aus nach Genua zu begeben.

Dr. Fehr, der neue Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, übernahm am Dienstag sein Amt mit einer kurzen Ansprache an das Gesamtpersonal seines Ressorts.

Der Dollar ging am Mittwoch an der Berliner Börse auf 314 M. zurück.

Der auch von der ausländischen Presse vielbeachtete Außenpolitiker der „Kreuz-Zeitung“, Abgeordneter Professor Dr. Böhm, beschreibt in seiner Wochenübersicht noch einmal das Programm und den Aufmarsch der Parteien für Genua, wo nach Ausschaltung der Reparationsfrage und der in Paris ratifizierten Verträge die russische Frage, die Russen im Vordergrund stehen werden. Danach werde sich auch heute Deutschlands Politik zu bestimmen haben. In der Reparationsfrage, die nebenher läuft, aber trotz des französischen Widerstandes sich unausgesetzt mit den in Genua zu spinnenden Fäden verwickeln muß, komme es für Deutschland auf Klarheit und Entschlußkraft an. Und da die Wirtschaftsfragen mit der russischen Frage gleichfalls unlösbar verknüpft sind, so muß

die Haltung unserer Vertreter in jedem Schritt auch danach bestimmt sein: aktive Rußlandpolitik im Hinblick auf das gemeinsame Interesse, daß Frankreich isoliert werde, und im Hinblick auf die Neugruppierungen in der Welt, die sich langsam vorbereiten und in deren Entwicklungsgang jetzt nach Washington Genua eine neue Etappe werden soll.

Je näher Genua rückt, desto lauter und zahlreicher werden die pessimistischen Äußerungen, die von der Konferenz nicht viel Ersprießliches erwarten. Die letzten Reden Lloyd Georges und Poincarés haben diesen Pessimismus auch nicht beseitigen können, im Gegenteil.

Der Schöpfer der Sommerzeit, Keese Gosler, hat eine Eingabe an den Reichspräsidenten wegen Wiedereinführung der Sommerzeit in Deutschland gerichtet. Keese betont vor allem die Notwendigkeit, diese Frage gesetzlich zu regeln, da er den wirtschaftlichen Gewinn allein auf rund zwei Milliarden Mark pro Jahr einschätzte. Wie verlautet, ist ihm jetzt die Antwort des Reichspräsidenten zugegangen, in der mitgeteilt wird, daß die Frage der Wiedereinführung der Sommerzeit gegenwärtig Gegenstand der Beratung in dem Reichsministerium sei.

Der Entwurf eines Gesetzes über die Ausprägung von Ersparmäuzen in den Werten von 1 bis 5 Mark ist dem Reichstage zugegangen. Die neuen Münzen — Aluminium mit Kupfer — sollen bereits Ende Mai in den Verkehr kommen und die Papierscheine allmählich ablösen. Die Herstellungskosten der neuen Münzen sind zwar höher als ihr Wert, doch sind sie haltbarer als Papiergeld und inselgedessen für die Geldherstellung rationeller.

Die Reparationskommission will die Sachlieferungsverträge jetzt möglichst schnell zur Ausführung bringen. Deshalb ist Bemelmans bereits wieder nach Berlin gereist, um die von der Reparationskommission geforderten Änderungen an dem mit ihm abgeschlossenen Abkommen durch die Reichsregierung vollziehen zu lassen. Bemelmans wird Ende der Woche in Paris zurück erwartet, worauf das Abkommen sofort Wirksamkeit erlangt. Das Wiesbadener Abkommen, das von der Reparationskommission in gewissen Punkten geändert wurde, tritt zugleich mit dem Abkommen Bemelmans in Kraft.

Die Reichsregierung ist gegenwärtig mit der Abfassung der deutschen Antwort auf die Note der Reparationskommission beschäftigt. Die Arbeiten dafür können im allgemeinen als abgeschlossen gelten. Die Uebergabe der deutschen Note soll noch vor der Abreise der deutschen Genua-Delegation, wahrscheinlich am Freitag, erfolgen. Sie wird dem Berliner Vertreter der Reparationskommission, Saguenin, übermitteln.

Die deutsch-tschechoslowakischen Wirtschaftsverhandlungen blühten gegen Ende der Woche abgeschlossen werden. Sie betreffen gewisse Zusätze zu dem praktisch schon seit 1920 gültigen Wirtschaftsabkommen, das in der Tschechoslowakei bisher nur durch eine Ministerialverordnung in Wirksamkeit gesetzt worden war, während es in Deutschland schon seit dem Herbst 1920 formell ratifiziert ist.

Im preußischen Landtag ist ein Antrag auf Erhöhung der Diäten eingegangen, die gegenwärtig monatlich 3000 Mark für in Berlin ansässige und 3500 Mark für auswärtige Abgeordnete betragen. Diese Bezüge sollen auf 6500 und 7000 Mark erhöht werden. Gleichzeitig soll zu dem Tagelohn von 50 M. ein 200prozentiger Zuschlag erfolgen, so daß das Tagelohn für Beteiligung an Ausschüssen zukünftig 150 M. betragen soll.

Der Bund der Handwerker hat in seiner letzten General-